

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.11.2025, 11:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	11:00 Uhr
Ende:	13:48 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Frank Flake - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Christoph Bratmann - SPD

wird vertreten von RH Graffstedt

Herr Matthias Disterheft - SPD

Frau Annegret Ihbe - SPD

fehlt entschuldigt

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

wird vertreten von RH Dr. Plinke

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Frau Anke Schneider - Die FRAKTION. BS

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Herr Robert Glogowski - B90/GRÜNE

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Stellvertretende Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD

vertritt RH Bratmann

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

vertritt RF Jalyschko

Personalvertretung

Frau Christiane Hunke - Gesamtpersonalrat

Frau Mirjam Preisner - Gesamtpersonalrat

Gäste

Herr Jörg Reincke - Braunschweiger Verkehrs-GmbH
Frau Silke Fusenig - Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH
Herr Tobias Groß - Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
Herr Jens Hohls - Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
Herr Markus Schlimme - Braunschweig Beteiligungen GmbH
Frau Natascha Wessling - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Herr Kai Florysiak - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Herr Ulf Streit - Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
Frau Kerstin Hartmann-Moos - Volkshochschule Braunschweig GmbH
Herr Dr. Andreas Goepfert - Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Herr Sascha Altendorf - Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Herr Michael Schwarz - Flughafen Braunschweig- Wolfsburg GmbH

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII
Herr Dr. Tobias Pollmann - Dezernent II
Herr Henning Sack – FBL 10
Frau Annette Hübner – FBL 20
Herr Nils Backhaus – AbtL 20.1
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführung

Frau Nikola Mindermann – FB 10
Herr Mathias Poznansky – FB 20

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
12. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
13. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 09.10.2025
14. Mitteilungen (Personal)
15. Anträge (Personal)
- 15.1. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) 25-26897
16. Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters 25-26785
17. Freigabe eines Sperrvermerks aus dem Stellenplan 2025 25-26967
18. Anfragen (Personal)
19. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
20. Mitteilungen (Finanzen)
21. Anträge (Finanzen)
22. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung) 25-26686
23. Braunschweiger Verkehrs-GmbH Wirtschaftsplan 2026 25-26771
24. Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH Wirtschaftsplan 2026 25-26772
25. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH Wirtschaftsplan 2026 25-26773
26. Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH Wirtschaftsplan 2026 und Rücklagenbildung 2025 25-26929
27. Braunschweig Beteiligungen GmbH Wirtschaftsplan 2026 25-26770
28. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Wirtschaftsplan 2026 25-26919
29. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH - Wirtschaftsplan 2026 25-26918

30.	Volkshochschule Braunschweig GmbH VHS Arbeit und Beruf GmbH Haus der Familie GmbH Wirtschaftspläne 2026	25-26748
31.	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates	25-26075
31.1.	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates	25-26075-02
32.	Städtisches Klinikum Braunschweig Wirtschaftsplan 2026	25-26921
33.	Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten"	25-26891
34.	Ermächtigung zur Aufnahme von Konzernkrediten im Jahr 2026	25-26859
35.	Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Moselstraße 17	25-26782
36.	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-26915
37.	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-26914
37.1.	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-26914-01
38.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	25-26894
39.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	25-26895
39.1.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	25-26895-01
40.	Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH - Wirtschaftsplan 2026	25-26917
41.	Anfragen (Finanzen)	
41.1.	Zukunftsfähigkeit des Eintracht-Stadions im Hinblick auf Ligaaanforderungen und Finanzierungsperspektiven	25-26957
41.1.1.	Zukunftsfähigkeit des Eintracht-Stadions im Hinblick auf Ligaaanforderungen und Finanzierungsperspektiven	25-26957-01
41.2.	19 Millionen Euro vom Land: Fragen zur Mittelverwendung	25-26958
41.2.1.	19 Millionen Euro vom Land: Fragen zur Mittelverwendung	25-26958-01

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake eröffnet im Anschluss an die Vorbesprechung mit der Personalvertretung die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Verwaltung stellt die Tagesordnungspunkte 32 Städtisches Klinikum Braunschweig Wirtschaftsplan 2026 und 46 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Angelegenheiten der Geschäftsführung zurück. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

12. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

13. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 09.10.2025

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

14. Mitteilungen (Personal)

Es liegen keine Mitteilungen vor.

15. Anträge (Personal)

15.1. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) 25-26897

Ratsfrau Köhler erklärt, dass am 3. Dezember 2025 die Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration stattfindet und schlägt vor, den Antrag an diesen zu verweisen. Zudem bittet sie um Stellungnahme, in welchem Umfang ein Mehraufwand für die Verwaltung durch das Konzept entsteht.

Ratsherr Merfort erläutert, dass der FPDA bewusst für den Antrag ausgewählt wurde. Der Schwerpunkt des Antrags liege bei der konzeptionellen Ausarbeitung der Verwaltung zum Thema des Arbeitseinsatzes.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Beschlussempfehlung an den Rat „Verweisung an den zuständigen Fachausschuss“ abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende März 2026 ein Konzept zu entwickeln und anschließend umzusetzen, welches für arbeitsfähige Asylbewerberinnen und Asylbewerber die in § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) normierten Tätigkeiten enthält und - im Rahmen der rechtlichen Vorgaben - zur Teilnahme verpflichtet. Hierbei sind insbesondere die städtischen Gesellschaften sowie gemeinnützige Träger einzubeziehen, um ein breites Spektrum sinnvoller Tätigkeiten im öffentlichen und sozialen Bereich zu schaffen.

Ziel ist es, sowohl die Integration der Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu fördern als auch einen positiven Beitrag für die Allgemeinheit zu leisten. Über den Stand der Konzeptentwicklung, die spätere Umsetzung und Erfahrungen sind dem Rat sowie den zuständigen Fachausschüssen halbjährlich Bericht zu erstatten.

Ergebnis (Beschlussempfehlung für den Rat):**Verweisung in den zuständigen Fachausschuss**

Dafür: 7 Dagegen: 3 Enthaltung: 0

16. Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters**25-26785****Beschluss:**

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Hondelage	Stellv. Ortsbrandmeister	Grütters, Daniel

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

17. Freigabe eines Sperrvermerks aus dem Stellenplan 2025**25-26967****Beschluss:**

Zur Realisierung des „Rahmenkonzeptes Kommunale Schulsozialarbeit“ wird der Sperrvermerk an der zum Stellenplan 2025 geschaffenen Planstelle mit der StVPI.-Nr. 07232 freigegeben.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

18. Anfragen (Personal)

Es liegen keine Anfragen vor.

19. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

20. Mitteilungen (Finanzen)

Es liegen keine Mitteilungen vor.

21. Anträge (Finanzen)

Es liegen keine Anträge vor.

22. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung) 25-26686

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

23. Braunschweiger Verkehrs-GmbH Wirtschaftsplan 2026 25-26771

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH den Wirtschaftsplan 2026 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 25. November 2025 empfohlenen Fassung festzustellen.
2. Die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH im Vorgriff auf die Wirtschaftsplanung 2027 und 2028 für folgende Projekte bereits im Wirtschaftsjahr 2026 eine Handlungsermächtigung zur Initiierung von Beschaffungsvorgängen zu erteilen:
 - Ladeinfrastruktur Busport 1 und 2 [30 LPs, inkl. vorgelagerter Energieversorgungsanlagen]
 - E-Busse [Solo- und Gelenkfahrzeuge]
 - Erweiterung Straßenbahn-Betriebshof [Am Hauptgüterbahnhof]
 - GUW Lincolnsiedlung
 - Stadtbahnausbau [Wendeschleife Gliesmarode, Volkmarode Nord]
 - Weichen-Austausch Bohlweg
 - Bahnquartier I [Kurt-Schumacher-Straße/Willy-Brandt-Platz]

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

24. Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH Wirtschaftsplan 2026 25-26772

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH

folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1. Der Wirtschaftsplan 2026 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 11. November 2025 empfohlenen Fassung wird festgestellt.
- 2. Vergaben gemäß § 14 Ziffer 11 des Gesellschaftsvertrages in Verbindung mit § 4 Abs. 2 Ziffer 2 der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH mit einem Wert von über 100.000 € wird zugestimmt, soweit sie im Wirtschaftsplan 2026 enthalten sind.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

**25. Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
 Wirtschaftsplan 2026**

25-26773

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan 2026 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 20. November 2025 empfohlenen Fassung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

**26. Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
 Wirtschaftsplan 2026 und Rücklagenbildung 2025**

25-26929

Beschluss:

1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

- a) der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH werden angewiesen,
- b) der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der

Gesellschafterversammlung der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan 2026 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 12. November 2025 empfohlenen Fassung wird festgestellt.

2. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Einstellung eines Betrages in Höhe von 150.000 € aus dem Jahresüberschuss der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH für das Geschäftsjahr 2025 in andere Gewinnrücklagen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

27. Braunschweig Beteiligungen GmbH Wirtschaftsplan 2026 25-26770

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Braunschweig Beteiligungen GmbH für das Geschäftsjahr 2026 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 25. November 2025 empfohlenen Fassung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

28. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Wirtschaftsplan 2026 25-26919

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen, den Wirtschaftsplan 2026 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 6. November 2026 empfohlenen Fassung festzustellen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

29. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH - Wirtschaftsplan 2026 25-26918

Ratsfrau Schneider fragt, wie hoch der Flächenbestand der GGB in den Bereichen Wohnbauflächen, Gewerbebauflächen und Flächenvorsorge ist und wie viele Flächen erworben bzw. veräußert werden. Dies sei dem vorliegenden Wirtschaftsplan nicht zu entnehmen.

Protokollnotiz: Die GGB hält zum Stichtag 30.11.2025 rd. 2,1 Mio. m² Grundstücksfläche, die sich wie folgt aufteilen:

- Gewerbeflächen: rd. 0,4 Mio. m²
- Wohnbauflächen: rd. 0,42 Mio m²
- Flächenbevorratung: rd. 1,28 Mio m²

Insgesamt fanden im Jahr 2025 7 Verkaufsvorgänge statt:

- Gewerbeflächen – 6:
 - 1 in WE51-Waller See
 - 5 in WE62-WendenWest
- Wohnbauflächen – 1:
 - 1 in ST83-Stöckheim

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH wird angewiesen, den Wirtschaftsplan 2026 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 12. November 2025 empfohlenen Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

**30. Volkshochschule Braunschweig GmbH VHS Arbeit und Beruf 25-26748
GmbH Haus der Familie GmbH Wirtschaftspläne 2026**

Ratsfrau Schneider weist darauf hin, dass die Beschäftigten der Volkshochschule ihren Tarifvertrag gekündigt hätten und eine Übernahme in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) anstreben. Sie erkundigt sich, wie sich eine solche Übernahme finanziell auswirken würde, da dies im vorliegenden Wirtschaftsplan nicht berücksichtigt sei. Zudem verweist sie auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Vielfalt und Integration, wonach die Volkshochschule das Haus der Kulturen übernehmen solle, und fragt nach den Auswirkungen dieses Beschlusses, da auch dies im Wirtschaftsplan aktuell nicht enthalten sei. Ratsherr Flake ergänzt, dass ein Tarifiergebnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt werde und nicht politisch im Wirtschaftsplan entschieden werde. Sollte es zu einem solchen Ergebnis kommen, müsse der Wirtschaftsplan entsprechend überarbeitet und angepasst werden.

Die Geschäftsführerin Frau Hartmann-Moos erklärt, dass der Wirtschaftsplan bereits vor Bekanntwerden der Forderungen der Tarifkommission erstellt worden sei. Sollte es zu keiner Einigung innerhalb des bestehenden Wirtschaftsplans kommen, wäre ein Nachtragswirtschaftsplan erforderlich. Bezüglich des Hauses der Kulturen führt sie aus, dass dies ebenfalls noch nicht im Wirtschaftsplan enthalten sei, da der Beschluss des Rates hierzu erst im Dezember erfolgen werde. Sie betont, dass die Zuschüsse der Stadt spitz abgerechnet würden und daher keine negativen Auswirkungen auf das Jahresergebnis zu erwarten seien.

Ratsfrau Schneider bittet um eine ungefähre Einschätzung der Mehrkosten, die durch eine Übernahme in den TVöD entstehen könnten. Frau Hartmann-Moos entgegnet, dass eine Benennung aufgrund der laufenden Tarifverhandlungen derzeit schwierig sei. Eine präzisere Aussage könne zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Braunschweig in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Wirtschaftsplan 2026 der Volkshochschule Braunschweig GmbH in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 11. November 2025 empfohlenen Fassung wird festgestellt.
2. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der VHS Arbeit und Beruf GmbH die Stimmabgabe

so auszuüben, dass der Wirtschaftsplan 2026 der Gesellschaft in der vom Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH in seiner Sitzung am 11. November 2025 empfohlenen Fassung festgestellt wird.

3. Die Geschäftsführung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird veranlasst, in der Gesellschafterversammlung der Haus der Familie GmbH die Stimmabgabe so auszuüben, dass der Wirtschaftsplan 2026 der Gesellschaft in der vom Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH in seiner Sitzung am 11. November 2025 empfohlenen Fassung festgestellt wird.
4. Der Zuführung eines Teilbetrags aus dem Überschuss/der Ergebnisverbesserung gegenüber dem geplanten Verlustausgleich in Höhe von bis zu 165 T€ in die Kapitalrücklage wird zugestimmt. Im Jahresabschluss 2025 der Volkshochschule Braunschweig GmbH ist dieser Betrag entsprechend auszuweisen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

31. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 25-26075
2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des
Aufsichtsrates

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-26075-02.

31.1. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 25-26075-02
2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des
Aufsichtsrates

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake führt in den Tagesordnungspunkt ein und weist darauf hin, dass das Thema bereits mehrfach behandelt, jedoch zurückgestellt worden sei. Eine Ergänzungsvorlage 25-26075-02 liege nun vor, die auf Beratungen im Aufsichtsrat basiere. Er schlägt vor, die Punkte getrennt zu behandeln, da Herr Erster Stadtrat Geiger bei der Entlastung des Aufsichtsrates befangen sei, nicht jedoch bei der Entlastung der Geschäftsführung.

Ratsherr Flake fragt, ob es Wortmeldungen zum ersten Beschlusspunkt gebe. Da keine Wortmeldungen zur Entlastung des Aufsichtsrates erfolgen, schlägt er vor, diesen Punkt vorzuziehen, um anschließend eine Aussprache zu ermöglichen.

Im Anschluss wird der zweite Beschlusspunkt, die Entlastung der Geschäftsführung, thematisiert. Ratsfrau Köhler führt aus, dass die Entlastung der Geschäftsführung eng mit dem Wirtschaftsplan verknüpft sei, auch wenn dieser noch nicht beschlossen werde. Sie äußert Bedenken ihrer Fraktion hinsichtlich der enormen Baukostensteigerung im Klinikum, die nun auf eine Milliarde Euro angewachsen seien. Sie betont, dass dies eine große Belastung für das Klinikum darstelle und fragt, seit wann die Geschäftsführung Kenntnis von dieser Steigerung habe, welche Gründe dafür verantwortlich seien und warum diese Informationen erst so spät bekannt geworden seien. Zudem fordert sie detailliertere Angaben zu den zusätzlichen rd. 200 Millionen Euro, die in der Vorlage des Wirtschaftsplans nur oberflächlich dargestellt seien. Ratsfrau Braunschweig verweist darauf, dass Beraterfirmen konkrete Maßnahmen benannt hätten und sich die Situation seit der letzten Beratung vor etwa einem Dreivierteljahr nicht wesentlich verändert habe.

Herr Erster Stadtrat Geiger erklärt, dass der Aufsichtsrat über die Kostensteigerungen

Interessenbekundung auf Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ einzureichen.

Antrag zur Geschäftsordnung auf "Passieren lassen":

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

34. Ermächtigung zur Aufnahme von Konzernkrediten im Jahr 25-26859
2026

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Jahr 2026 und 2027

Konzernkredite zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften gem. § 121a NKomVG wie folgt aufzunehmen und weiterzuleiten:

1. Braunschweiger Verkehrs-GmbH in Höhe von bis zu 33,46 Mio. Euro,
2. Nibelungen-Wohnbau-GmbH in Höhe von bis zu 5,0 Mio. Euro und
3. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH in Höhe von bis zu 18,0 Mio. Euro

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

35. Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Moselstraße 17 25-26782

Ratsfrau Schneider führt aus, dass sie es begrüßen würde, wenn das Grundstück weiterhin im Erbbaurecht verbleiben würde. Daher werde sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:

Dem Verkauf einer ca. 4.034 m² großen Teilfläche des städtischen Grundstücks Moselstraße 17 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

36. Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und 25-26915
außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw.
Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5
NKomVG

Ratsherr Flake erläutert, dass es sich bei dieser Vorlage um abschließende Buchungen handelt, die im Rahmen der Vorbereitungen des Jahresabschlusses 2022 vorgenommen werden. Ziel sei es, sicherzustellen, dass alle Positionen den richtigen Teilhaushalten zugeordnet und ausgeglichen seien. Er verweist darauf, dass ein ähnliches Vorgehen bereits im Vorjahr für den Haushaltsvollzug 2021 durchgeführt worden sei.

Ratsfrau Köhler weist darauf hin, dass die Vorlage erst am Vortag eingegangen sei. Aufgrund der Länge und des Umfangs der Vorlage habe es nicht ausreichend Zeit gegeben, sich umfassend mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Sie erklärt, dass ihre Fraktion die Vorlage zunächst detailliert prüfen und intern beraten wolle. Daher schlägt sie vor, die Vorlage zunächst passieren zu lassen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

Ratsfrau Köhler bittet um eine Darstellung, welche Summen die Verwaltung für Investitionen und Ertüchtigungsmaßnahmen schätzt, die in den nächsten Jahren notwendig sind. Ferner bittet sie, für die Finanzierung alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen.

Protokollnotiz: Die Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen laufen alle über den Eigentümer des Stadions, also die Stadt Braunschweig. Diese werden federführend vom FB 65 durchgeführt und erfolgen in Absprache mit der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH (BSVS) als Betreiber. Nach Rücksprache mit FB 65 sind folgende Maßnahmen im Stadion beabsichtigt:

- 2025 Nahwärmeleitung ca. 0,97 Mio. € (erledigt)*
- 2025/2026 Sicherheitsmaßnahmen ca. 1,30 Mio. €*
- 2025/26 Tribünenbeleuchtung ca. 1,20 Mio. €*
- 2026/2027 Dachsanierung ca. 1,50 Mio. €*
- 2027 Duschen Osttribüne ca. 0,85 Mio.€*

Insgesamt ergibt sich eine Summe von ca. 5,82 Mio. € bis 2027. Darüber hinaus sind weitere Sicherheitsmaßnahmen beabsichtigt, deren genauer Umfang noch weitergehend geprüft und finalisiert wird.

Bezüglich der Fördermittelakquisition wurden die Maßnahmen an die entsprechenden Stellen zur Prüfung weitergeleitet. Aufgrund der ausschließlich im Profisport Bereich durchgeführten Sportereignisse ist eine Akquirierung über die reguläre Sportförderung nicht möglich. Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ existiert in dieser Form nicht mehr. Aktuell läuft ein modifiziertes Nachfolgeprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“. Dieses Programm schließt die Förderfähigkeit von Profisport aus: „Nicht gefördert werden ferner Einrichtungen, die ausschließlich oder überwiegend

- dem Spitzensport oder dem professionellen Sport dienen oder*
- gewerblich betrieben werden.“*

Die Stellungnahme 25-26957-01 wird zur Kenntnis genommen.

41.2. 19 Millionen Euro vom Land: Fragen zur Mittelverwendung

25-26958

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 25-26958-01 beantwortet

41.2.1. 19 Millionen Euro vom Land: Fragen zur Mittelverwendung

25-26958-01

Ratsfrau Köhler stellt eine Nachfrage zum Umzug des Zirkus Dobellino und äußert, dass weiterhin unklar sei, woher die finanziellen Mittel für dieses Vorhaben stammen und ob die Stadt tatsächlich Gelder dafür bereitstelle. Sie weist darauf hin, dass dies aus der vorliegenden Vorlage nicht eindeutig hervorgehe. Aus Sicht von Ratsherrn Dr. Plinke sei es wichtig, die Angelegenheit zügig zu klären, da der Verein plane, das neue Gelände Mitte März 2026 zu beziehen. Er betont, dass die notwendigen Mittel rechtzeitig bereitgestellt werden müssten, um die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Herr Erster Stadtrat Geiger sagt eine Nachlieferung der Informationen zu. Ratsherr Flake ergänzt, dass diese Frage in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau beraten werden könnte.

Die Stellungnahme 25-26958-01 wird zur Kenntnis genommen.

41.3. Mündliche Anfrage (Finanzen)

41.3.1 Mündliche Anfrage (Finanzen)

Ratsherr Flake erkundigt sich zum aktuellen Sachstand der Grundsteuerreform, ob es eine Nachsteuerung vom Land gebe.

Herr Erster Stadtrat Geiger erläutert daraufhin, dass es eine Verbandsanhörung zu einem ministeriellen Entwurf gegeben habe, der Erlassmöglichkeiten für die Grundsteuer vor Ort vorsehe. Dieser Entwurf sei jedoch vom Niedersächsischen Städtetag als zu vage kritisiert worden. Zudem gebe es politische Bedenken, da unterschiedliche Handhabungen in verschiedenen Städten problematisch seien. Herr Erster Stadtrat Geiger betont, dass es bislang kein parlamentarisches Verfahren gebe und die bisherigen Regelungen auf gesetzlicher Grundlage beruhen würden. Sollten gesetzliche Anpassungen erfolgen, müssten diese geprüft und gegebenenfalls angewendet werden. Er stellt klar, dass dies keine Auswirkungen auf die kommunale Satzung habe, sondern zusätzliche gesetzliche Möglichkeiten für Erlass oder Stundung geschaffen würden.

41.3.2. Mündliche Anfrage (Finanzen)

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake stellt fest, dass im öffentlichen Teil der Sitzung noch mündliche Anfragen gestellt werden könnten, insbesondere zum Wirtschaftsplan des städtischen Klinikums. Er begrüßt die Geschäftsführer des Klinikums Herrn Dr. Goepfert und Herrn Altendorf. Weiter weist der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake daraufhin, dass die Anwesenden entscheiden müssten, ob ihre Fragen öffentlich oder nichtöffentlich behandelt werden sollen.

Ratsfrau Braunschweig bringt ihre Fragen vor und weist darauf hin, dass im Wirtschaftsplan ein Defizit von 10 Millionen Euro mehr vorgesehen sei, als im städtischen Haushalt eingeplant wurde. Sie fragt, wie diese Diskrepanz zustande komme. Zudem erkundigt sie sich nach den Abschreibungen für Neubauten, die in den Plänen nicht berücksichtigt seien, und fragt, ab wann diese eingeplant würden und wie hoch sie voraussichtlich ausfallen könnten.

Herr Altendorf erläutert hinsichtlich der Kostensteigerungen im Wirtschaftsplan, dass bei der Erstellung der Mittelfristplanung für 2025 und 2026 im vergangenen Jahr einige Erkenntnisse, die erst im Laufe des Jahres gewonnen wurden, noch nicht berücksichtigt werden konnten. Dies habe dazu geführt, dass bestimmte Positionen im Wirtschaftsplan 2026 höher bewertet werden mussten. Als Beispiele nennt er Gebäude, die im Rahmen der Neubauherstellung angemietet werden müssen. Diese Aspekte seien zum Zeitpunkt der Erstellung der Mittelfristplanung für 2026 im Jahr 2024 noch nicht bekannt gewesen und hätten daher auch in die aktuelle Planung einfließen müssen.

Herr Erster Stadtrat Geiger weist darauf hin, dass der Aufsichtsrat erstmals ab dem Wirtschaftsplan 2025 die Erstellung einer sogenannten Trennungsrechnung veranlasst habe. Diese solle verdeutlichen, wie die investive Unterfinanzierung durch das Land im Vergleich zum gesetzlichen Sollzustand ausfalle, wonach Investitionen vollständig durch Förderungen finanziert werden sollten. Er betont, dass kreisfreie Städte und Landkreise durch die gesetzlich vorgeschriebene Krankenhausumlage ca. 40 % der Landesinvestitionszuschüsse an Krankenhäuser aller Träger mitfinanzieren. Die Trennungsrechnung, die in Abstimmung mit den Abschlussprüfern des Klinikums entwickelt wurde, sei bereits im Wirtschaftsplan

2025 enthalten gewesen. Sie zeige auf, welcher Teil des Defizits auf die Unterfinanzierung im Bereich der Investitionen zurückzuführen sei, was etwa die Hälfte des Defizits ausmache. Herr Dr. Goepfert erklärt, dass die Abschreibungen für den bereits eröffneten Neubau Ost in der Planung berücksichtigt seien. Für den Neubau Süd würden die Abschreibungen folgen, sobald dieser fertiggestellt sei, was voraussichtlich 2029 oder 2030 der Fall sein werde.

Ratsfrau Braunschweig stellt eine Nachfrage zu den Abschreibungen und verweist auf frühere Beratungen mit externen Unternehmen, in denen Perspektiven für die nächsten zehn Jahre aufgezeigt worden seien. Sie möchte wissen, ab wann mit einer Reduzierung der Defizite zu rechnen sei, da diese trotz Einsparungen seit Jahren konstant blieben. Sie fragt zudem nach der Höhe der Abschreibungen, die ab 2029 hinzukommen würden, um eine Perspektive für die finanzielle Entwicklung zu erhalten.

Herr Dr. Goepfert antwortet, dass Gebäude über 50 Jahre abgeschrieben würden. Für den Neubau Süd, dessen Kosten auf rd. 311 Millionen Euro geschätzt werden, ist ab 2029 eine lineare Abschreibung in die Wirtschaftsplanung eingeflossen.

Ratsfrau Köhler äußert ihre Besorgnis über die gestiegenen Baukosten des Klinikums Braunschweig, die von ursprünglich rund 800 Millionen Euro auf über eine Milliarde Euro angestiegen seien, was einer Kostensteigerung von über 20 % entspreche. Sie kritisiert, dass diese Entwicklung in der Vorlage zum Wirtschaftsplan nur knapp behandelt werde, und fordert detaillierte Erläuterungen zu den Ursachen der Kostensteigerungen. Insbesondere interessiert sie sich für die lebensdauerverlängernden Maßnahmen an Bestandsgebäuden und die infrastrukturelle Zukunftssicherung. Zudem fragt sie, seit wann die Baukostensteigerung bekannt sei, da die späte Transparenz für sie nicht nachvollziehbar sei.

Herr Dr. Goepfert geht im nichtöffentlichen Sitzungsteil auf die Nachfragen ein.

Ratsherr Flake schließt den öffentlichen Sitzungsteil mit dem Hinweis, dass weitere Ausführungen im nichtöffentlichen Teil erfolgen würden.

Gez.
Flake
Vorsitzender

Gez.
Geiger
Erster Stadtrat

Gez.
Poznansky
Schriftführer Finanzen

Gez.
Dr. Pollmann
Stadtrat

Gez.
Mindermann
Schriftführerin Personal